Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

06.03.1987 - Drucksache 11/882

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/882
06. 03. 87

Antrag der Fraktion der GRÜNEN

Für eine offensive Politik der Arbeitszeitverkürzung

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt ihren Beschluß „Statt Arbeitslosigkeit für viele — Arbeitszeitverkürzung für alle" vom 27. März 1984. Die seitherigen Erfahrungen haben bestätigt, daß die Bewältigung der andauernden Beschäftigungskrise weitere Arbeitsverkürzungen erfordert, um zu einer gleichmäßigeren und gerechteren Aufteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens auf alle Arbeitnehmer zu gelangen.

2. Darüber hinaus ist die Orientierung auf kontinuierliche Arbeitszeitverkürzung auch aus kulturellen und gesellschaftspolitischen Gründen wünschenswert. Ohne eine deutliche Reduzierung der Erwerbsarbeitszeiten bleibt die Berufswelt eine männliche Domäne, zu der Frauen nur eng begrenzten Zutritt haben. Die Verbindung von Beruf, häuslicher Tätigkeit, kultureller und sozialer Aktivität für **alle** Menschen ist nur bei erheblich kürzeren Arbeitszeiten möglich.

3. Auch aus umweltpolitischen Gründen ist es notwendig, die steigende Produktivität der Arbeit in ein Mehr an freier Zeit umzusetzen statt in immer weiter wachsende Gütermengen, deren Herstellung und Beseitigung die Ökosphäre belastet.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt deshalb die aktuellen Bestrebungen zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, zumal die bisherige Verkürzung der Wochenarbeitszeit sich bereits positiv auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt hat.

5. Darüber hinaus fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf, alle landes- und kommunalpolitischen Möglichkeiten für die Einführung kürzerer Arbeitszeiten auszuschöpfen.

Dazu gehört:

— Die überfällige Kürzung der Wochenarbeitszeit für Lehrer(innen).

— Ein verbessertes Angebot für individuelle Stundenreduzierung an den Schulen und im gesamten öffentlichen Dienst, wobei gewährleistet sein muß, daß die freiwerdenden Arbeitsstunden und Gehaltssummen in vollem Umfang in unbefristete Neueinstellungen umgesetzt werden.

— Die Anwendung der Arbeitszeit- und Freistellungsmöglichkeiten für Beamte auch für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst sowie bei den Beschäftigten der bremischen Eigenbetriebe.

— Die Unterstützung der Forderungen der ÖTV nach kürzerer Wochenarbeitszeit in der Tarifrunde 1988 im Rahmen der Tarifgemeinschaft von Ländern und Gemeinden.

6. Die Bürgerschaft (Landtag) bekundet ihr Interesse an einer Novellierung des Bremischen Gesetzes über den Hausarbeitstag vom 29. Juni 1948, um allen Männern und Frauen im Lande Bremen das Recht auf einen zusätzlichen freien Tag im Monat für häusliche und familiäre Tätigkeiten zu geben.

Sie beauftragt die Deputation für Arbeit und Wiedergutmachung, dazu eine Anhörung mit Vertretern von Gewerkschaften, Kammern, Arbeitgeberverbänden,

Frauenorganisationen und anderen sachkundigen Interessenten durchzuführen und der Bürgerschaft noch vor Ende dieser Legislaturperiode einen beschlußreifen Vorschlag zu unterbreiten.

Fücks und Fraktion der GRÜNEN

Druck: Anker-Druck Bremen